

sind. Wenn die Berliner sich immer so korrekt verhalten hätten, so wären Mißverständnisse nicht vorgekommen. Nach dem Organisationsstatut haben sie nicht das Recht, über Entschlüsse gefragt zu werden, die der Parteivorstand im Interesse der Partei zu fassen hat. Die Kontrolleure sind unserm Beschluß beigetreten. Zubeil sprach mit Emphase davon, die Berliner Pressekommision habe ihre Rechte erst erkämpfen müssen; das ist nicht der Fall. Sie wissen, daß der Ausgestaltung des „Vorwärts“ sofort entgegengekommen ist, nur dagegen sind wir pflichtgemäß aufgetreten, daß die Parteitagbeschlüsse korrekt sind. Die einleitenden Schritte zur Verwirklichung der Berliner Forderungen sind mit Zustimmung und unter Mitwirkung der Parteileitung erfolgt. So liegen die Dinge in Wirklichkeit und daher muß ich den Vorwurf Zubeil's, der Vorstand habe willkürlich gehandelt, entschieden zurückweisen. Die Frage der Gehaltserhöhung ist erledigt. Ein Recht, sich über die Erhöhung des Gehalts Fischer's um 1000 Mk. zu beschweren, haben die Berliner nicht, denn in der Redaktion haben sie ein Gehalt von 5000 Mk. für nicht zu hoch gehalten. Was der Redaktion recht ist, muß für die Buchhandlung billig sein, oder die Berliner Genossen müßten erklären, daß Fischer nicht die entsprechenden Fähigkeiten und Intelligenz besitze. Ich will darauf hinweisen, daß schon der Vorgänger Fischer's eine Gehaltserhöhung verlangte, die über die an Fischer gezahlte hinausgeht, und daß Fischer doch eine ganz andere Auffassung, einen ganz anderen Geist in die Buchhandlung hineinbrachte, so daß sie heute doch etwas ganz anderes ist als wie er sie übernahm. Aus allen diesen Gründen sind die Angriffe der Berliner auf die Parteileitung nicht gerechtfertigt und sie haben sich ja auch der besseren Einsicht nicht verschlossen; mit der Zurückziehung des Antrags erklären auch sie sich bereit die Decharge zu erteilen.

Gerisch verzichtet auf das Schlusswort.

Meißter: Einer irrtümlichen Auffassung einer Bemerkung Pfannkuch's muß ich vorbeugen. Ich hielt es für notwendig, zu der Sitzung der Kontrolleure die Berliner Parteigenossen einzuladen, um ihren Protest zu begründen, und auch die Mitglieder des Vorstandes zur Information. Das ist der Sachverhalt. Die Berliner würden sofort dagegen protestiert haben, wenn Vorstandsmitglieder sich an der Abstimmung hätten beteiligen wollen.

Dem Vorstand wird hierauf Entlastung erteilt. Damit ist Punkt 2 und 3 der Tagesordnung erledigt.

Die Mandatsprüfungs-Kommission hat sich konstituiert. Vorsitzender ist Ulrich, Schriftführer Leutert. Die Mandatsprüfungs-Kommission erhält den Auftrag, als sogenannte Reuenerkommission für Beschwerden zu fungieren. Doch liegt nur eine Beschwerde vor aus Bant in Oldenburg. Die dortigen der sozialdemokratischen Partei angehörigen Mitglieder des Verbandes deutscher Buchdrucker beschwerten sich über die dortigen Genossen.

Von der geschäftsführenden Kasse Leipzig des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich liegt eine Einladung zur Jahresversammlung am 23. und 24. September in Nürnberg vor. Die bayrischen Abgeordneten erhalten den Auftrag, eine Vertretung zu delegieren.

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

3 $\frac{1}{4}$ Uhr. Den Vorsitz führt Ulrich.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 4 der Tagesordnung: Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.

Von den hierzu vorliegenden Anträgen wird 55 nicht ausreichend unterstützt.

Die Anträge 52, 53, 54, 69 und 70 werden mit zur Diskussion gestellt.

Berichterstatter Singer: Ich hoffe in der Annahme nicht fehl zu gehen, wenn ich behaupte, daß jeder Delegierte den gedruckten Bericht der Fraktion gelesen hat. Ich kann mich also eines ausführlichen Eingehens darauf enthalten. Nur das eine stelle ich fest, daß der Forderung der Partei, daß die parlamentarische Thätigkeit sich in ihrem Inhalt und Formen genau an das sozialdemokratische Parteiprogramm anschließt, nachgekommen ist. Wie Sie aus dem Bericht ersehen, hat die Fraktion bei allen Abstimmungen, Anträgen, Beschlüssen sich einzig davon leiten lassen, daß auch im Parlament die bürgerliche Gesellschaft auf dem Boden des Klassenkampfes bekämpft wird und daß die parlamentarische Thätigkeit der Ausfluß der durch das Programm bekundeten Ueberzeugung der Partei sein muß.

Dies vorausgeschickt, kann ich mich auf die Besprechung der zum Fraktionsbericht gestellten Anträge beschränken.

Der Antrag 52 (Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen) ist kein neuer. Wir selbst haben ihn im Parlament gestellt. Ich kann seine Annahme nur befürworten, weil ich überzeugt bin, daß die Fraktion ihn von selbst wieder einbringen würde. Es unterliegt keinem Zweifel, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit gegenüber der Persönlichkeit, um die es sich im Deutschen Reich handelt, die Einbringung eines solchen Antrags durchaus notwendig ist. Wir Sozialdemokraten sind gewis die Allerletzten, die irgend Jemand verwehren möchten, seine Meinung zu haben. Wir sehen auch nicht auf dem — sagen wir einmal liberalen — Standpunkte, auf der Fiktion des Konstitutionalismus, daß der Monarch unverantwortlich sei, daß Alles, was über Handlungen und Reden des Monarchen zu sagen wäre, nicht an seine Adresse, sondern an die der Minister zu gehen habe. Wie ich die Persönlichkeit des gegenwärtigen Kaisers von Deutschland beurtheile, wird er der Letzte sein, der sich mit dem Ministern decken will, sondern ich glaube, daß der Kaiser wohl die Verantwortung für das, was er öffentlich ausspricht, übernimmt. Wie dem aber auch sei, wir haben uns auf dem Parteitag nicht nach den Intentionen oder Wünschen irgend einer regierenden Persönlichkeit zu richten, sondern wir haben die Interessen zu vertreten, die uns zu unserer Partei zusammengeführt haben. Und nun muß ich sagen, daß wir gegenüber der Thatsache, daß in den letzten Jahren kaiserliche Reden immer häufiger sich mit den Parteien und nicht zum letzten mit der unseren beschäftigt haben, es als unser selbstverständliches Recht in Anspruch nehmen müssen, die Antwort nicht schuldig zu bleiben (Weisfall); und wenn die Zustände im Deutschen Reich derart sind, daß man die Antwort, die man zu geben hat, wegen der Schlingen der Gesetzesparagrafen nicht geben kann, so ist die natürliche Folge davon, daß man Alles daran setzen muß, diese Gesetzesparagrafen aus der Welt zu schaffen. Als das Bürgerthum die Fiktion von der Unverletzlichkeit des Monarchen aufstellte, hatte es die Voraussetzung, daß der Monarch sich der Einwirkung auf öffentliche Verhältnisse enthalte; unter dieser Voraussetzung konnte vielleicht das Bürgerthum der Meinung sein, daß gegenüber einer Persönlichkeit, die nicht in der Lage ist, ihre Ansichten öffentlich kundzugeben, auch die Kritik nicht am Platze sei, und daß für alle Aussprüche und Reden des Monarchen das Ministerium verantwortlich zu machen sei. Diese Situation hat sich ganz gründlich geändert. Man braucht ja nur daran zu denken, wie auch das offizielle Organ, der „Reichs-Anzeiger“, sehr häufig in der Lage ist, Verstimmungen kaiserlicher Reden zu bringen. Daraus geht doch hervor, daß jetzt keine Rede von Uebernahme der Verantwortung durch die Regierung ist. Wenn, wie wir es jetzt erlebt haben, der Monarch mit seiner Beurtheilung oder seinem Lob aller Parteien nicht zurückhält, wenn er die Gelegenheit benützt, öffentlich seine Meinung über gewisse Dinge zu sagen, eine Meinung, die in vielen Fällen, natürlich

ohne Schuld des Monarchen, auf falschen Berichten sich gründet, dann müssen wir in der Lage sein, diejenige Korrektur vorzunehmen, die wir als kritisierende und angegriffene Partei für notwendig erachten. Das geht unter dem gegenwärtigen Strafgesetzbuch nicht. Deshalb müssen wir die Aufhebung des sogenannten Majestätsbeleidigungs-Paragrafen beantragen und bei dieser Gelegenheit im Reichstag endlich einmal rücksichtslos mit voller Klarheit die Verhältnisse zur Sprache bringen, die sich auf diesem Gebiet in den letzten Jahren herausgebildet haben.

Den Antrag 53 (Alljährliche Verbreitung des Fraktionsberichtes in Flugzettelform) möchte ich bitten, nicht anzunehmen, er ist ja eigentlich überflüssig, weil die Fraktion durch das Organisationsstatut schon verpflichtet ist, alljährlich einen Bericht zu erstatten, und ich glaube, Sie werden den Genossen, denen Sie das Vertrauen schenken, Sie im Reichstage zu vertreten, auch anheim geben können, selbst die Form der Berichterstattung zu bestimmen. Es ist unnütz, derartige bindende Vorschriften zu treffen, weil Umstände eintreten können, die die Erfüllung dieser Vorschriften unmöglich machen, und das würde dann zu unbedeutenden Vorwürfen führen. Es ist ja auch erklärlich, daß der in solchen Berichten zu bewältigende Stoff sehr verschieden sein kann. Es war ein Zufall, daß sich in dieser Session eine Menge hochwichtiger Fragen zusammenhäufelten. Deshalb fiel der Bericht so umfangreich aus, und wir konnten ihn als Broschüre zur Massenverbreitung herausgeben. Die Fraktion hat selbst ein dringendes Verlangen, über ihre Thätigkeit in irgend einer Form Bericht zu erstatten. Es liegt also kein Grund vor, den Antrag anzunehmen.

Der Antrag 54 (Eintreten der Fraktion für Aufhebung des Impfschwangs) betrifft das Thema des Impfschwangs, über das wir schon wiederholt hier gesprochen haben. Solche Fragen sind nicht vom politischen Parteistandpunkt aus zu beurteilen (sehr richtig!), denn man kann als überzeugter Sozialdemokrat sowohl Impfschwanger als Impfschwanger sein. Diese Frage kann nicht auf Parteitage entschieden werden, ihre Entscheidung hängt vielmehr vom Stand der Wissenschaft und der Erfahrung ab. Wir haben deshalb in einer ähnlichen Frage, der Frage des Reichs-Scudengesetzes, den Mitgliedern der Fraktion die Abstimmung für oder gegen freigestellt. Es ist ganz falsch, eine Frage, wie die des Impfschwangs, zu einer parteipolitischen zu stempeln. Vorurtheilslose, im Dienst der Wissenschaft stehende Männer sind heute noch nicht in der Lage, diese Frage abschließend zu beurteilen, um so weniger hat der Parteitag Grund, sich dazu zu äußern.

Was den Antrag 60 (Veröffentlichung der Namen der bei wichtigen Abstimmungen fehlenden Fraktionsmitglieder) betrifft, so glaube ich, daß der Antragsteller über die Schnur gehauen hat. Selbstverständlich haben wir Alle den Wunsch, daß wenn irgend möglich die von der Partei in den Reichstag geschickten Genossen dort ihre Pflicht erfüllen und namentlich bei wichtigen Abstimmungen anwesend sind, aber ich darf hier ohne Ueberhebung behaupten, daß im Vergleich zu den anderen Fraktionen, namentlich im Vergleich zur ausschlaggebenden Partei, dem Zentrum, unsere Ränge immer noch am besten besetzt sind. Es ist doch ganz klar, daß bei uns nicht wie in der Bourgeoisie die Ausübung des Reichstagsmandats die einzige Aufgabe des Betreffenden ist. Unsere Kollegen im Reichstag haben auch mit der Agitation zu thun, sie haben ihre Tagesarbeit an der Presse weiter zu leisten, sie sind zum Theil auch noch in Landtagen thätig und sitzen in Gemeindevertretungen. Da ist es doch ganz natürlich, daß nicht Jeder täglich im Reichstage sein kann. Ich bin überzeugt, daß der Antrag nicht angenommen wird, Würden Sie ihn annehmen, so würden Sie damit dokumentieren, daß es des Zwangsmittels dieser Reichsversammlung bedarf, um unsere Soldaten zur Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten. So stehen aber die Dinge nicht. Es wird mir gewiß nicht vor-

geworfen werden können, daß ich bei Bekämpfung dieses Antrags pro domo spreche, aber ich kann am allererztesten behaupten, daß die Anschauung, als vernachlässigten unsere Kollegen im Reichstag ihre Pflicht, durchaus falsch ist. Der Antrag ist auch schon deshalb unnötig, weil der Fraktionsvorstand es sich zur Pflicht gemacht hat, zu allen wichtigen Sitzungen die Mitglieder zur Stelle zu rufen. Also der Antrag ist nicht verdient durch das Verhalten der Abgeordneten, er ist nutzlos und vor Allem überflüssig, denn es ist ja das vitalste Interesse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, bei allen Fragen, die die Arbeiter betreffen, möglichst vollzählig auf dem Platze zu erscheinen, und es wird Niemand gelingen, nachzuweisen, daß irgend ein schädliches Gesetz nicht angenommen worden wäre, wenn die sozialdemokratische Fraktion in größerer Stärke anwesend gewesen wäre.

Der Antrag 70 (Eintreten der Fraktion gegen die Unterdrückungspolitik gegen die Polen) entspricht dem auch bisher von der Fraktion eingeschlagenen Verhalten. Ich erinnere daran, daß es den Bemühungen unserer Fraktion zu danken ist, daß gelegentlich eines preussischen Ausführgesetzes ein Paragraph aufgenommen ist, wonach bei Allen der freiwilligen Gerichtsbarkeit die Erklärung eines Menschen, er sei der deutschen Sprache nicht mächtig, die Zugiehung eines Dolmetschers notwendig macht. Bei dieser Gelegenheit und gelegentlich einer von den Polen eingebrachten Interpellation sind unsere Redner selbstredend gegen die Einschränkung des natürlichen Rechts des Menschen, des Gebrauchs seiner Muttersprache, aufgetreten. Der Antrag ist durchaus berechtigt, und es hieße dem Prinzip der internationalen Solidarität einen Schlag ins Gesicht versetzen, wollten wir solche polizeilichen begatorischen Maßregeln, Schubriegeleien und Mißhandlungen in irgend einer Weise gutheißen. Wird der Antrag angenommen, so wird die Fraktion die erste sich ihr bietende Gelegenheit benutzen, um die Maßregeln der preussischen Regierung zu kritisieren.

Ich schließe mein Referat, indem ich nochmals Namens der Fraktion versichere, daß wir entsprechend den Grundsätzen der Partei fortfahren werden, auch im Parlament diejenige Thätigkeit auszuüben, die zur Befreiung des Proletariats aus dem Doppelschloß der ökonomischen Unterdrückung und der politischen Rechtlosigkeit führen wird. (Weisfall.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Doffmann-Hamburg: Ich möchte zunächst einen Irrthum richtig stellen, der dem Genossen Singer bei der Abfassung seines Berichtes passiert ist. Es heißt im Bericht: „Im See-Unfallgesetz gilt von nun ab meist der Individuallohn als Grundlage für die Berechnung der Renten und der Berechnung der Wittwen- und Waisenrenten wird die volle Feuer zu Grunde gelegt.“ Das ist nicht richtig. Nach wie vor wird bei Berechnung der Rente nur die vom Reichskanzler festgesetzte Durchschnittsfeuer angenommen, die um ein Bedeutendes hinter dem wirklichen Lohn zurückbleibt. Dadurch wird die Rente natürlich gemindert. Gewiß ist es anzuerkennen, daß durch die Bemühungen unserer Fraktion Manches verhütet, Manches erreicht worden ist, so z. B., daß statt der neunmonatigen eine elfmonatige Fahrt angenommen und bei der Berechnung der Rente für die Angehörigen eines Seemanns ebenfalls zwei Fünftel der Feuer des Vollmattrosen als Kostgeld berechnet wird.

Im Auftrage der Seelente habe ich den Wunsch auszusprechen, daß beim Zusammentritt des Reichstags die Fraktion dafür sorgt, daß die Seemannsordnung, die durch den Schluß des Reichstags unter den Tisch gefallen ist, endlich zur Erledigung gelangt. Vor Allem muß sie ihre Kraft dafür einsetzen, daß die Verböserungen verhindert werden, die die andere Seite plant. Zu sorgen ist auch für die Krankenversicherung der Seelente. Heute bleibt der kranke Seemann häufig ohne Hilfe. Sollte der See-Verufsgenossenschaft die Krankenversicherung der Seelente übertragen werden, so muß, wenn die Seelente zur

Beitragszahlung herangezogen werden, ihnen Eig und Stimme in der Verwaltung eingeräumt werden. Ferner muß durch die Seemannsordnung oder auf dem Verordnungswege festgesetzt werden, daß auf deutschen Schiffen keine farbigen Heizer und Mannschaften beschäftigt werden. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund ist verfügt, daß nur solche polnische bzw. ungarische Vergleute beschäftigt werden, die sich in deutscher Sprache verständigen können. Das muß auch auf den Schiffen für die Seeleute verlangt werden. Was soll in der Gefahr geschehen, wenn die Seeleute sich nicht verständigen können. Die großen Rheedereien beschäftigen farbige Heizer nur deshalb, weil sie anspruchlos und billiger sind. (Sehr richtig!)

Gewehr- Elberfeld begründet den Antrag Elberfeld. Wir haben nicht das Bedürfnis, den Monarchen wie überhaupt einen Menschen zu beleidigen. Wir wollen aber die politischen Handlungen des Staatsoberhauptes mit derselben Unbefangenenheit kritisieren dürfen wie die eines andren Staatsbürgers. Die uns als Vorbild hingestellten Summen kannten ja auch keinen Majestätsbeleidigungs-Paragrafen. (Heiterkeit.)

Dr. Rosa Luxemburg begründet den Antrag 70. Die letzte Geldenthat des preussischen Kultusministers, die Verfolgung der polnischen Sprache bis in den Religionsunterricht in der polnischen Schule ist Ihnen Allen bekannt. Es handelt sich um die systematische Unterdrückung einer ganzen Nation. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, alle Krebsgeschäden aufzudecken, die Unterdrückung in jeder Form zu bekämpfen. Wir brauchen eine Aktion, um der Regierung zu zeigen, daß sie nicht ungekräft so handeln darf, wie sie gehandelt hat, und wir haben dem polnischen Volk zu beweisen, daß der Schutz seiner Interessen nicht bei der feigen Bourgeoisie, sondern bei der Sozialdemokratie in den besten Händen ist. Wir müssen dem polnischen Arbeiter lehren, seine nationalen Utopien aufzugeben und ihm zeigen, daß er nicht in seiner Sonderstellung als Pole, im Anschluß an nationalistische Parteien, sondern als Sozialdemokrat seine Nationalitätsinteressen am Besten verteidigt. (Weisfall.)

Stube- Hamburg: Ich habe eine Beschwerde an den Parteitag zu bringen. Es hat die Hamburger Genossen unangenehm berührt, daß bei der Abstimmung über die Zuchthausvorlage 23 unserer Abgeordneten, fast die Hälfte, fehlten. Es war freilich erst die zweite Lesung, aber man ist ja im Reichstag vor Ueberraschungen nicht sicher. Auch beim Fleischbeschau-Gesetze, bei der lex Heinze und anderen wichtigen Fragen haben eine Anzahl Abgeordnete gefehlt. Das darf unbedingt nicht vorkommen. Die Hamburger Genossen haben in verschiedenen Bezirken Anträge betreffend Ertheilung von Rügen beschloßen; ich will ihnen nicht beitreten. Aber die Besprechung dieser Angelegenheit ist durchaus notwendig; ich hoffe, daß in Zukunft unsere Abgeordneten an den Abstimmungen sich etwas reger betheiligen werden als bisher.

Mollenbuhr: Ich will nur feststellen, daß bezüglich der Berechnung der Rente für Seeleute Hoffmann eben so weit vorbeitrifft, wie der Bericht der Fraktion. Die Rente wird weder lediglich nach dem Individuallohn, noch lediglich nach den vom Reichsanzler festgesetzten Steuern berechnet. Bezüglich der Renten der Besatzung großer Seeschiffe von über 50 Kubikmeter Raumgehalt hat Hoffmann recht, da kommt die festgesetzte Steuer zur Anrechnung, aber nicht wie bisher der neunfache Betrag der Monatssteuer, sondern der elffache, und für die Hintertlebenrenten kommt von nun an auch die Kost mit in Anrechnung, was bisher nicht der Fall war. Andererseits wird der Individuallohn zur Grundlage genommen bei den Personen, welche bei den inländischen Schwimmbreitern Docks beschäftigt sind, beim Lootsendienst, bei Vergung und Rettung, bei der Besatzung der Leichter- und Schleppschiffe u. s. w. Dann giebt es noch eine dritte Kategorie: für die Besatzung kleiner Seeschiffe wird die Rente berechnet

nach dem ortsüblichen Tagelohn gewöhnlicher Tagelöhner des Ortes, in welchem der Betrieb seinen Sitz hat.

Da ich einmal das Wort habe, bin ich genöthigt, auch über das Fehlen der Abgeordneten etwas zu sagen. Ich weiß nicht, ob bei der Abstimmung über die Zuchthausvorlage 23 gefehlt haben; eine namentliche Abstimmung war es nicht. (Hört! hört!) Aber weder einer der Abwesenden noch der Anwesenden konnte zehn Minuten vor der entscheidenden Abstimmung annehmen, daß an diesem Tage eine Abstimmung stattfinden würde. Es ist eine Unmöglichkeit, daß immer alle Abgeordnete zugegen sind, selbst bei wichtigen Angelegenheiten — und was ist eine wichtige Sache? Wollen Sie es, dann müssen Sie die Abgeordneten während der Zeit der Parlamentssession von jeder andren Thätigkeit für die Partei entbinden.

Saase-Berlin: Ich hätte nicht das Wort genommen, wenn Fräulein Luxemburg nicht wieder einige verstaubte Angriffe auf die Polen sich erlaubt hätte. Sie sprach davon, daß man die polnischen Arbeiter lehren müsse, die nationallistischen Utopien aufzugeben. Wir kennen ja diese Weise bei Fräulein Luxemburg: etliche Jahre haben es die Galizier ausdauern müssen und nun wir Polen ganz dasselbe mit ganz denselben Worten. Noch vor wenigen Monaten hat Fräulein Luxemburg den Vorsitzenden der polnisch-sozialistischen Partei, der in genau derselben Weise, wie heute Fräulein Luxemburg hier, auf dem Kongreß der polnischen Genossen gesprochen hat, mit aller Wucht der nationalen Phrase bezichtigt. Ich führe das an, damit Sie wissen, was die nationale Phrase des Fräulein Luxemburg ist. Wir haben ja jüngst das Vergnügen gehabt, in Nr. 196 des „Vorwärts“ eine Auslassung des Fräulein Luxemburg zu genießen; darin spricht sie von der polnisch-sozialdemokratischen Arbeitererschaft als von Sozial-Nationalisten, Sozial-Patrioten. In derselben Nummer hat Fräulein Luxemburg die Kühnheit, sich auf Liebknecht zu berufen; ich glaube, sie hätte es nicht gewagt, wenn Liebknecht noch lebte. Wie er über Fräulein Luxemburg und ihre antinationale Hege gebadet hat, haben Sie ja 1897 in Hamburg gehört und haben Sie in dem Brief gelesen, in dem er der rotsfarbenen — das nächste Wort will ich nicht aussprechen — ein Licht aufleckt, daß sie sich nicht hinter den Spiegel stecken wird. Worüber ich aber ganz baff war, daß der „Vorwärts“ diesen Schimpfartikel des Fräulein Luxemburg nicht nur aufnahm, sondern mit einem Vermerk versehen hat, aus dem hervorgeht, daß die Redaktion anscheinend sich mit diesem Artikel identifizirt. Diese von Fräulein Luxemburg gezeigte „Utopie“ der Polen, daß sie sich für die Selbständigkeit der Polen erklären, stammt nicht von uns, sondern von den internationalen Meetings in London und Paris; von Marx und Engels haben wir es gelernt, die Selbständigkeit Polens als Klassenforderung des Proletariats zu betrachten. Fräulein Luxemburg sollte daran genug haben, wie ihr Kautsky 1896 in der „Neuen Zeit“ auf die Finger geklopft hat. Einen giebt es allerdings, der mit Fräulein Luxemburg sympathisirt, das ist der Warschauer Gendarmenoberst Magrawski. Dulden Sie es nicht, daß wir auf einer so perfiden Weise bekämpft werden. Ich freue mich, daß Fräulein Luxemburg wenigstens jetzt einen vernünftigen Antrag gestellt hat; bis jetzt hatten wir dergleichen von ihr nicht kennen gelernt.

Schmalefeld-Bremerhaven: Hoffmann's Ausführungen kann ich auch für den Bremer Lloyd nur bestätigen. Während Reichsländer und Schweizer als Ausländer nicht auf Reichspost-Dampfern fahren dürfen, haben sie Chinesen als Besatzung. Die angebliche Rücksicht auf die klimatischen Verhältnisse ist nicht der wahre Grund, sonst würden die Schiffe nach Brasilien, die das schlimmste Klima zu überleben haben, nicht ausschließlich deutsche Heizer haben. Wie die Verhältnisse beim Norddeutschen Lloyd sind, hat der letzte Streik wieder gezeigt. Orden und Ehrenzeichen giebt es für die, die sich bei 38 Pf. pro Stunde bis zu

105 Stunden in der Woche ausmergeln lassen. Rabner spricht des Weiteren für den Antrag auf Abschaffung des Impfszwangs.

Koenen-Hamburg: Die Erklärung für die Abwesenheit unserer Abgeordneten bei der Abstimmung über die Zuchthausvorlage hat mich durchaus nicht befriedigt. Schon allein aus demonstrativen Gründen hätte eine größere Anzahl unserer Abgeordneten bei der Beratung der Zuchthausvorlage zugegen sein müssen; da kann nur schwere Krankheit ein Entschuldigungsgrund sein. Da darf Kollegialität der Fraktionsgenossen nicht beschönigen, wie ein jehlewig-holsteiner Abgeordneter es versucht hat. Bei uns in Hamburg hat sich die Sache besonders zugespitzt, weil einer der damals fehlenden Abgeordneten angegriffen wurde. Nun meine ich, es ist ja nicht nötig, sich auf der Geleisweise herumzutreiben. Aber wozu hat sich Genosse v. Elm ein Vertrauensvotum in einer Versammlung seines Wahlkreises ausstellen lassen müssen, wenn er nicht ein böses Gewissen gehabt hätte. Durch solches Verhalten geben wir nur Dienen Stoff für ihre Kritik, die auf die parlamentarische Tätigkeit immer mit Mißachtung geblickt haben.

Dr. Rosa Lugenburg: Zunächst muß ich Ihnen ein paar Worte zur Naturgeschichte des Genossen Haase erzählen. (Große Heiterkeit.) Jedenfalls ist er Ihnen heute als ein sehr heuriger Haase erschienen. (Erneute Heiterkeit.) Vor ein paar Monaten hörte man aber in der polnischen Sozialdemokratie noch nichts von ihm. Erst als ich auf dem letzten polnischen Parteitag in die Preßkommission des polnischen Parteiblatts gewählt war und dort gegen die Unvernunft der polnischen Gruppe in Berlin auftrat, die der Genosse Haase hier vertritt, da tauchte er auf. Ich habe die nationalisistischen Phrasenmachereien dieser Gruppe stets mit aller Macht bekämpft. Fragen Sie die Genossen in Polen und Oberschlesien, wie sehr dies nationalisistische Phrasenthum die Bewegung dort geschädigt hat. Erst seit 2 Jahren ist es besser geworden, seit die deutschen Genossen sich mit dem vernünftigen Theil der Polen zusammengesetzt haben und ab ovo (von Neuem) angefangen haben. Erst jetzt ist dort der richtige Boden gefunden worden. Die Wiederherstellung Polens ist für mich eine reine Doktorfrage. Auf die praktische Arbeit kommt es an. Mögen die Berliner Polen von den Utopistereien sich nur in der praktischen Arbeit nicht führen lassen. Was geschieht aber? Nur zwei Blüthen für diese nationalisistischen Phrasereien. Auf dem letzten polnischen Parteitag ist der Antrag gestellt worden, den deutschen sozialdemokratischen Kandidaten in Schlesien, so dem Genossen Sähse, einen polnischen Kandidaten entgegenzustellen. (Hört! hört!) Durch meinen Einfluß ist dieser Antrag gefallen. Und weiter: Die „Gazeta Robotnicza“ hat jüngst sogar zur Gründung eigener polnischer Gewerkschaften aufgefordert. So wird doch nicht das Zusammenarbeiten gefördert. Ich habe mir in Berlin alle Mühe gegeben, die Leute zu einer vernünftigen Führung der Geschäfte und des Blattes zu befähigen. Mit größter Geduld habe ich mich bemüht, die Leute von ihren nationalisistischen Zwangsvorstellungen (Heiterkeit) zu befreien. Sie sind aber so verbohrt, daß nichts mit ihnen anzufangen ist. Ich bitte Sie, den Antrag 70 mit meiner Begründung anzunehmen. Dem polnischen Arbeiter muß gezeigt werden, daß nur im Rahmen des gemeinsamen Wirkens mit der deutschen Sozialdemokratie für sie etwas zu erlangen ist. Der dringende Appell muß an die polnischen Arbeiter gerichtet werden, sich von dem unbegründeten Mißtrauen gegen uns zu befreien. Nicht um eine Schwächung der Rechte der Polen handelt es sich, sondern um ein vernünftiges, praktisches Zusammenarbeiten. (Beifall.)

Söhner-Berlin: Als Vertreter der Redaktion des „Vorwärts“ bin ich leider genöthigt, zu der Polendebatte einige Bemerkungen zu machen. Ich bin allerdings darauf nicht vorbereitet gewesen und kann mich deshalb nur insoweit äußern, als ich unterrichtet zu sein glaube. Der „Vorwärts“ brachte aus dem Bericht der sozialdemokratischen Partei Polens einige Daten und Zahlen, die uns interessant zu sein scheinen, um die Entwicklung dieser Gruppen zu kenn-

zeichnen. Genossin Lugenburg befrucht die sachlichen Angaben des Artikels, und wir brachten in Folge dessen eine Entgegnung von ihr. Die Redaktion des „Vorwärts“ sind in die Einzelheiten der polnischen Bewegung nicht genau eingeweiht, sie mußten sich deshalb auf die Autorität der beiden Personen verlassen, die die Artikel einbrachten. Nun kam eine längere Entgegnung des Genossen Haase; wir waren der Meinung, daß sich eine endlose Polendebatte im „Vorwärts“ entspinnen würde (sehr richtig!), wir beschloffen deshalb, um allen Weiterungen zu entgehen, mit den entscheidenden Instanzen gemeinsam zu beraten, wie wir diese Debatte eindämmen könnten. Redaktion und Preßkommission — soviel ich weiß, nahm auch Haase an der Sitzung theil — kamen dahin überein, daß wir dem Komitee der angegriffenen sozialistischen Partei Polens das Recht zu einer Erklärung geben und dafür den „Vorwärts“ zur Verfügung stellen. Von diesem Rechte machte, soweit ich weiß, das Komitee keinen Gebrauch. Bemerken will ich noch, daß die redaktionelle Bemerkung des „Vorwärts“ zu dem Artikel von Frä. Lugenburg natürlich keine Identifizierung der Ansichten der Redaktion mit denen von Frä. Lugenburg darstellen konnte. Die Bemerkung bedeutete nur, daß die Redaktion die Verantwortung sowohl für die Thatsachen des Berichts als auch für die ganze Polemik ablehnte. Natürlich ist der Vorwurf, als sei in Bezug auf die polnische Bewegung die Redaktion eingeklinkt, völlig unbegründet. Die Redaktion hat selbstverständlich wie jeder deutsche Genosse dieselben Sympathien für die sozialistische Bewegung in Polen wie jeder.

Frohne-Hamburg: Koenen hat mir den Vorwurf gemacht, ich hätte in Kiel einem Kollegen zu Liebe gewissermaßen die Unwahrheit gesagt. Man legte mir die Frage vor, ob es war sei, daß dreiundzwanzig unserer Genossen bei der zweiten Lesung der Zuchthausvorlage gefehlt hätten und ob der Vertreter des Kreises anwesend gewesen sei. Ich antwortete, ich wüßte nicht, wieviel gefehlt haben, ich wüßte auch nicht, wer gefehlt habe, denn es sei keine Liste darüber geführt und es habe auch keine namentliche Abstimmung stattgefunden. Ich sagte weiter, ich sei dagewesen und ich glaube, auch v. Elm sei dagewesen. Das große Verbrehen, das ich begangen haben soll, besteht also darin, daß ich nicht nach Monaten mich noch mit Sicherheit erinnern konnte, wer in jener Sitzung anwesend war. Was den Antrag selbst betrifft, so ist es nicht notwendig, das Gewissen der Fraktion zu schärfen, denn bei allen wichtigen Anlässen war die Fraktion möglichst vollständig vertreten, sie würde auch in diesem Falle möglichst vollständig da gewesen sein, wenn nicht ganz unvorhergesehene Umstände da hineingespielt hätten. Man hatte an diesem Tage noch gar keine Abstimmung erwartet. Es lohnt wirklich nicht, darüber eine so erregte und mit allerlei unhaltbaren Behauptungen und unberechtigten Unterstellungen verbundene Debatte zu führen. Wenn irgend einer Fraktion das Zeugniß ausgestellt werden darf, daß sie im Allgemeinen und besonders bei wichtigen Anlässen auf dem Platz gewesen ist, so will man der sozialdemokratischen Fraktion dies Zeugniß nicht verweigern dürfen. Lehnen Sie deshalb den Antrag ab, der Parteitag würde sonst einen Beschluß fassen, den er nicht rechtfertigen könnte.

Haase-Berlin: Frä. Lugenburg hat sich um die Geschichte der Partei nicht bekümmert, sonst müßte sie wissen, daß ich seit Jahren in der polnischen Bewegung thätig bin. Allerdings ist meine Thätigkeit eine andere, als die von Frä. Lugenburg, deren Name nur berühmt geworden ist durch die Schimpfartikel in den verschiedenen Blättern, vom „Sozialist“ bis zur „Leipziger Volkszeitung“. Meine Arbeit bestand nicht darin, Dekretartikel gegen die Partei zu schreiben, ich lehne es ab, eine unwürdige Agitation zu führen. Wie tolerant die polnischen Genossen sind, geht daraus hervor, daß sie Frä. Lugenburg trotz aller Verunglimpfungen doch in die Preßkommission gewählt haben. Aber was hat sie seit April geleistet? Sie hat lediglich einige Artikel veröffentlicht, in der sie den Vorstand der Partei in der elendesten Weise beschimpft. Ich versichere

Sie, daß die Thätigkeit von Frl. Luxemburg unsere Partei-Entwicklung gehindert hat. Aus Russisch-Polen ist sie ja seit 1888 fort, da schadet sie Niemand mehr. (Heiterkeit.) In derselben Weise, wie früher dort, hat sie später den Kampf im preussischen Polen geführt. Ueber die nationalpolitischen Phrasereien, die hier vorgebracht sind, verliere ich kein Wort, ich wünsche, daß sie für Frl. Luxemburg eine Doktorfrage bleiben, denn dann können sie uns nicht mehr stören. Daß die Bewegung in Posen und Oberschlesien keine Fortschritte gemacht hat, daran sind die fortwährenden unvorsichtigen Äußerungen einiger deutscher Genossen schuld. 1897 hat ja sogar Bebel in Hamburg feststellen müssen, daß Dr. Winter gegen die Polen ungerecht war. Sie können sich doch denken, wie sehr das die bürgerliche polnische Presse gegen die Sozialdemokratie ausnützt. Ich kann Sie versichern, daß die Artikel von Frl. Luxemburg uns kolossal in Posen geschadet haben. Wer für die Partei praktisch so wenig geschaffen und gegen die Partei unproduktiv so viel geschrieben hat (Heiterkeit) wie Frl. Luxemburg, der hat nicht das Recht, hier aufzutreten und so zu thun, als sei Alles verfahren und er müßte es erst wieder aufbauen. Die polnischen Genossen haben gekämpft, als von Frl. Luxemburg noch nicht die Rede war, sie haben unter den schwierigsten Verhältnissen agitiert, sie haben lange Jahre in Gefängnissen gesessen . . .

Vorsitzender Ulrich macht den Redner darauf aufmerksam, daß er seine Redezeit bereits überschritten habe.

Gnaase (fortfahrend): Frl. Luxemburg hat keine Veranlassung, hier so großspurig aufzutreten. In Posen speziell ist die Bewegung noch lange nicht so wie sie sein sollte . . . (Glocke des Vorsitzenden.) Auch was Frl. Luxemburg über die Centralverbände sagt, entspricht nicht der Wirklichkeit.

v. Elm: Bei den Erörterungen über den Antrag bezüglich des Fehlens der Abgeordneten ist auch meiner in der liebenswürdigsten Weise gedacht: Ich war nur erstaunt, daß man hier so sanfte Töne angeschlagen hat, denn in den Versammlungen in Hamburg hat man ganz anders gesprochen. Meine lieben Freunde im dritten Hamburger Wahlkreis, die mir sonst nicht beikommen können, wollten mir gern ein Wein stellen. Da hieß es, in erster Linie hätten die Anhänger der Neutralität der Gewerkschaften im Reichstag gefehlt, insbesondere v. Elm. Also man wollte besonders gegen mich Front machen, und dagegen habe ich mich selbstverständlich verwahrt. Man kann es mir nicht verdenken, daß ich in der Konferenz meines Wahlkreises die Sache zur Sprache brachte, aber daß ich für mich eine Vertrauensresolution beantragt habe, ist nicht wahr. Ich habe nicht über mein Fehlen allein gesprochen, sondern überhaupt über das Fehlen der Abgeordneten bei den verschiedensten Gelegenheiten; die von mir beantragte Resolution beschäftigte sich mit der ganzen Sache, und die Delegierten zur Konferenz haben gesagt, wir kümmern uns nicht um das, was die übrigen Abgeordneten getan haben, wir haben es nur mit Dir zu thun; Du hast uns Deine Gründe klar gelegt, wir sind mit Deiner Thätigkeit zufrieden und stellen Dir ein Vertrauensvotum aus. Dies Vertrauensvotum wurde einstimmig beschlossen. In erster Linie bin ich meinen Wählern Rechenschaft schuldig, und denen habe ich Rechenschaft gegeben. Wenn Sie Alle, die gefehlt haben, vor das Forum des Parteitags ziehen wollen, so bin ich selbstverständlich bereit, meine Gründe auch hier zu nennen, für ungehörig aber halte ich es, einen Einzelnen vor dies Forum zu schleppen und auf ihn loszuschlagen. Wenn wir vor jeder Ueberrumpelung sicher sein sollten, dann müßten wir beständig im Reichstag anwesend sein und unsere übrige Thätigkeit in der Partei und den Gewerkschaften einstellen. Das wäre aber eine Ueberschätzung des Parlamentarismus. Es kann sich nur darum handeln, daß man nach Möglichkeit bestrebt ist, die parlamentarische Thätigkeit mit der übrigen Thätigkeit zu vereinbaren. Wenn Jemand überhaupt nicht für die Arbeiterbewegung

thätig ist und außerdem noch ständig im Parlament fehlt, dann kann man sagen, er ist nicht würdig, Abgeordneter zu sein; aber in gehässiger Weise gegen Jemand loszugehen, weil man seine Anschauungen nicht billigt, das ist eines Sozialisten unwürdig und dagegen habe ich mich gewehrt. In Hamburg sprach man von einem Mißtrauensvotum, und da sagte ich, dann würde ich mein Mandat niederlegen. Aber zu solchem Mißtrauensvotum ist kein Anlaß vorhanden, denn Niemand von denen, die gefehlt haben, hat seine Pflicht vernachlässigt. Es ist auch kein Grund vorhanden, dem Antrage zuzustimmen, der doch an sich auch nur ein Mißtrauensvotum gegen unsere Fraktion, speziell gegen die Abgeordneten, die gefehlt haben, bedeuten würde.

Merkowski-Berlin: Die Genossin Luxemburg hat gesagt, wir hätten auf der polnischen Konferenz erklärt, wenn wieder ein deutscher Kandidat in polnischen Bezirken aufgestellt würde, wie der Abgeordnete Sache, so würden wir einen polnischen Gegenkandidaten aufstellen. Das ist nicht wahr, es wurde nur betont, daß der Kandidat möglichst der in dem betreffenden Bezirk vorherrschenden Sprache mächtig sein müsse. Wir Polen handeln in prinzipiellen Fragen stets im Einverständnis mit dem deutschen Partei-Vorstand. In unserer Zeitung kann manchmal, da nur Arbeiter daran mitarbeiten, ein Schnitzer unterlaufen, aber wir vertreten doch im Allgemeinen den Standpunkt der Partei. Erwähnen will ich noch, daß die Redaktion des „Vorwärts“ den von uns eingesandten Bericht über unseren Parteitag entstellte und mit dem Zusatz versehen hat, daß sie für die Richtigkeit desselben keine Verantwortung übernimmt.*) Im Rebrigen denken wir natürlich nicht daran, eine national-polnische Sozialdemokratie zu schaffen.

Fenz-Dtensen: v. Elm hat gegenüber Koenen das Nothwendige gesagt. Ich kann bestätigen, daß die im VI. Wahlkreise von Elm eingebrachte Resolution an sich das Vertrauensvotum nicht provozieren sollte, sondern die Frage rein sachlich behandelte. Das Vertrauensvotum, das ihm nachher unabhängig ausgesprochen wurde, galt nicht nur seiner parlamentarischen, sondern seiner gesamten Thätigkeit.

Koenen-Hamburg: Ich muß mich gegen die Angriffe Frohme's auf das Entschiedenste verwahren. So was bringt nach meinen Erfahrungen Frohme auch nur mir gegenüber fertig. Es ist meine feste Ueberzeugung, daß er das Wort nur deshalb genommen hat, weil der Koenen gesprochen hat, da mußte er auch reden. (Heiterkeit.) Ich habe durchaus nicht unwaltbare Behauptungen aufgestellt. Ich habe es nur so gemacht, wie es Frohme stereotyp in seinen Zeitartikeln macht, wo er immer von der Macht der Verhältnisse im Bunde mit den Thatsachen spricht. (Heiterkeit.) Ich habe auch nur Thatsachen vorgebracht, ich habe mir also nur Frohme zum Muster genommen. Daß die Resolution Elm's ein Vertrauensvotum war, hat in der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ gestanden und allgemein wurde es so aufgefaßt. Was soll das heißen, daß erklärt wird: wenn Ihr nicht so wollt, wie ich, lege ich mein Mandat nieder; das ist ja so wie die Demission eines Ministers. Wei v. Elm ist es

*) Hierzu hat die Redaktion des „Vorwärts“ folgende Erklärung dem Kongreßbericht angefügt, die wir auch hier wiedergeben wollen: „Zu dem im April hier abgehaltenen Parteitag der polnischen Sozialdemokraten war uns vom Bureau des Parteitags ein Bericht über den ersten Verhandlungstag zugegangen, der offenbar einseitig zu Ungunsten der in Posen gewerkschaftlich thätigen Genossen gefärbt war. Aus diesem Grunde verfaßten wir den Bericht mit einer entsprechenden Notiz. Ueber die weiteren Verhandlungen haben wir dann einen Bericht von einem Teilnehmer an dem Kongreß gebracht, da uns das Bureau des Kongresses mittheilte, daß es uns wegen der Anzeigung seines Berichts keine Fortsetzung schicken werde. Den Bericht halten wir in Einem getreut; von Entstellung kann keine Rede sein, und das hat auch selbst das Bureau des Kongresses in seiner damaligen Zuschrift an uns nicht behauptet.“

nicht böser Wille, aber seine sonstigen Geschäfte verhindern ihn eben daran, sich der parlamentarischen Thätigkeit in der nöthigen Weise zu widmen. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten hat sich zwischen Dir, Elm, und mir, noch eine langjährige Freundschaft erhalten, aber vorn am Bug hat das Schiff ein Loch. (Heiterkeit.) Noch einige solche Dinge, dann werden wir darüber reden, ob die Geschichte nicht ein Ende haben muß. (Heiterkeit.)

Bruhns-Breslau: Aus meiner Kenntniß der polnischen Angelegenheiten heraus möchte ich auch einige Worte sagen. Auf die internen Polen-Angelegenheiten gehe ich nicht ein; das hieße sich in ein Labyrinth von persönlichen Angriffen und unsachlichen Anschuldigungen verirren. Ich weiß nicht, was Haase eigentlich veranlaßt hat zu seinen Angriffen; der Antrag Gogowski-Luzemburg bot doch wahrhaftig keine Handhabe; ich habe den Einbruch, es sollte die Gelegenheit ergriffen werden, auf gewisse Genossen, insbesondere die Genossin Luzemburg persönliche Angriffe richten zu können. Ich bebauere, daß die alte Streitfrage wieder ausgegraben wurde. Diese persönlichen Streitigkeiten zwischen den deutschen und polnischen Genossen auf jenem Arbeitsgebiet haben beiden Theilen und damit der Sache selbst geschadet.

Wenn aber gesagt ist, von den deutschen Genossen sei dort nichts geleistet worden, so muß ich dem ganz energisch widersprechen, wir müssen da doch den Spieß einmal umdrehen. Ich muß sagen, daß von Denjenigen, die diese persönlichen Angriffe immer erheben, nichts oder wenig geleistet worden ist; für die Thätigkeit von Winter aber, bei der ihn auch besonders die Genossin Luzemburg unterstützt hat, spricht das Ergebnis der letzten Reichstagswahlen. Vom praktischen Standpunkt, vom Standpunkt der geleisteten Arbeit aus haben Winter und Luzemburg recht und Haase und seine Freunde unrecht. Er hätte Ursache, so lange zu schweigen, bis er das an wirklicher Leistung aufweisen kann, was die andere Seite geleistet hat. (Zustimmung.)

Ein von Storch-Stettin gestellter Schlußantrag wird angenommen.

Persönlich bemerkt Rosa Luxemburg: Unbath ist des Menschen Lohn. Seit Jahren habe ich kein Wort mehr über meine nationalitätlichen Landsleute gesagt und nun soll ich schuld an allem Bösen sein. Dem deutschen Partei-Vorstand sind die Thatsachen zum Glück sehr genau bekannt. Ich kann nur bebauern, daß eine solche Debatte hier einsehen konnte. Ich habe sie nicht provoziert. (Haase: Doch! Widerspruch.) Ich habe dabei jenes Gefühl des russischen Ministers Murawiew gehabt, dem er, als sein sonst schweigender Bruder, der General, unerwartet eine Rede gehalten hatte, folgende Worte küh: „Was jetzt wußte ich allein, daß mein armer Bruder kein Genie ist, jetzt weiß es die ganze Welt.“ (Große Heiterkeit.)

Das Schlußwort hat

Singer: Wolkenbüch hat darauf hingewiesen, daß es sich niemals vorausberechnen läßt, wie eine Verhandlung sich abspielt, welche Zwischenfälle sich dabei ereignen. Wie recht er hat, wie schwer es ist, im Voraus zu sagen, welcher Gegenstand die Debatte füllen wird, dafür ist der heutige Nachmittag der beste Beweis. (Große Heiterkeit.) Aus der Erörterung der politischen Thätigkeit der deutschen Sozialdemokratie, die wir vornehmen wollten, ist eine ausgewachsene Polen-Debatte geworden. (Große Heiterkeit.) Ich will in sie nicht auch noch eingreifen, fühle mich aber verpflichtet, aus meiner langjährigen Kenntniß der Parteivorgänge zu konstatieren, daß die Angriffe des Genossen Haase, die mit allerhand persönlichen Invektiven gespickt waren, während er sich selbst über Invektiven beklagte (sehr gut!), durchaus nicht am Platz waren. (Sehr richtig!) Was in Posen und Oberschlesien an Erfolgen nicht für polnische Parteien, sondern für den Gedanken der internationalen Sozialdemokratie errungen worden ist, das verdanken wir in hohem Maße der Thätigkeit der von Haase so angegriffenen Personen. (Sehr richtig!) Wenn Genosse Haase sich

unbeschadet seiner polnischen Nationalität dem Rahmen der deutschen Sozialdemokratie einfügt, dann wird hoffentlich die Zeit kommen, wo er einseht, daß er heute viel zu hart geurtheilt hat. Ich will nicht leugnen, daß in dem Maße, in dem von Deutschland versucht wird, die polnische Nation zu unterbrücken, sich das polnische Gefühl dagegen emporkümmert. Das beweist doch der von Rosa Luxemburg begründete Antrag. Jedenfalls hat der stundenlange Streit einzelner polnischer Genossen unter sich nicht gerade zur Erbauung des Parteitages beigetragen. (Sehr richtig!)

Nun noch einige Worte zur sonstigen Diskussion. Hoffmann glaubte dem Bericht über die parlamentarische Thätigkeit einen Irrthum nachweisen zu können. Seine Auffassung ist aber falsch, wenn ich auch zugebe, daß das Wort „meist“ hätte fortbleiben können. Die Wünsche Schmalfeld's und Hoffmann's über die Seemanns-Ordnung entsprechen durchaus den Intentionen der Fraktion. Wenn der Entwurf einer Seemanns-Ordnung von der Regierung nicht wieder vorgelegt werden sollte, werden wir mit einem eigenen Antrag erscheinen.

Der weitere Theil der Diskussion hat sich mit dem Antrag Hirschke beschäftigt. Mehr oder weniger aber waren es Streitigkeiten einzelner Hamburger Genossen unter einander, die dabei zur Erörterung kamen. Es wäre eine schöne Frucht unserer Parteitage, wenn sich die Gepflogenheit einbürgerte, den Parteitag nicht als Ort zu betrachten, auf dem mehr oder weniger kleine persönliche Mißhelligkeiten erörtert werden. Außerhalb Hamburg-Altona haben die Genossen kein so lebhaftes Interesse an diesen Dingen, die hier so lange diskutiert wurden. (Sehr richtig!) Gegen den Wunsch, den der Antrag Hirschke ausdrückt, hat Niemand etwas einzuwenden. Nun streitet man sich herum, ob wirklich 23 Reichstags-Abgeordnete gewählt haben, und was Alles hätte passieren können. Elm hat aber wirklich recht: ein Mann, der das Vertrauen genießt, als Abgeordneter gewählt zu werden, besitzt auch Urtheilsfähigkeit genug, um zu wissen, ob seine Anwesenheit in Berlin erforderlich ist. Vorwürfe könnten doch nur dann erhoben werden, wenn wirklich etwas versäumt oder vernachlässigt worden wäre. Das ist aber nicht geschehen. Nach der ganzen Sachlage war damals anzunehmen, daß tagelang über den § 1 diskutiert werden würde. Da beantragt unser unfreiwilliger Mitarbeiter v. Stamm (Heiterkeit) in voller Unkenntniß der Geschäftsordnung plötzlich Kommissionsberatung, ohne zu wissen, daß mit dem Moment, wo dieser Antrag abgelehnt wird, die ganze Sache erledigt ist. Für so ungeschickt konnten mir unsere Gegner nicht halten. (Heiterkeit.) Unsere Abgeordneten erfüllen ihre Pflicht, an Ort und Stelle zu sein, soweit ihre sonstige Thätigkeit es irgendwie zuläßt, in vollem Umfange. Es spricht für die Fraktion, daß der Bericht zu keinen anderen Umständen Anlaß gegeben hat. (Beifall.)

Es wird abgestimmt. Der Antrag 52 wird einstimmig angenommen. Die Anträge 53, 54, 69 werden abgelehnt. Der Antrag 70 wird angenommen.

Es folgt der fünfte Punkt der Tagesordnung: **Die Organisation der Partei.**

Hierzu liegen außer dem Entwurf der von der Reichstags-Fraktion eingesetzten Kommission vor die Anträge 13 bis 35, 61, 71, 73, 74, 76 und die Resolution 72.

Singer schlägt vor, nach dem Bericht des Referenten eine Generaldiskussion eintreten zu lassen und dann je nach dem Verlauf der Verhandlung den Entwurf mit einem der Anträge einer Kommission zu überweisen.

Das Referat hält

Nuer: Ich glaube nicht, daß ich heute schon berufen werden würde, über den Gegenstand zu sprechen. Ich kann zwar nicht sagen, daß